

Bezugspreis.

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 3.- Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“ „Was der Himmel“, „Raumkammer“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“ und „Bild in die Zukunft“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 18. November 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopierbeilage 60 Pfennig, Reklamasteile 5.- Reichsmark, „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 25 Pfennig

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgeben werden.

England und die Friedenspolitik.

Botschafter d'Abernon über seine Berliner Arbeit.

London, 17. November. (W.T.B.) Viscount d'Abernon erklärte in einer Rede auf dem Diner, das zu seinen Ehren heute abend im Savoyhotel stattfand: Ich bin von der Illusion weit entfernt, daß sogar ein kleiner Teil des der Berliner Botschaft gespendeten Lobes in irgendeiner Weise mir persönlich zuschreiben ist.

Aufrichtung und Konsolidierung des Friedens untergeordnet. Was auch immer die geringeren Schwierigkeiten gewesen sein mögen, die erörtert wurden — ein dauerhafter europäischer Friede war das Endziel und der beherrschende Zweck.

Es hat Perioden in der Geschichte gegeben, wo England der Engländer erklärt haben, daß die britische Regierung Meinungsverschiedenheiten zwischen europäischen Staaten anstiften, um durch sie zu profitieren.

können, daß sich die gesamte Atmosphäre der diplomatischen Beziehungen in Europa verändert habe.

Laßt England, Frankreich und Deutschland in Einklang mit ihren Mitunterzeichnern in Locarno zusammenhalten, und es wird keine Störung des allgemeinen Friedens geben.

Man kann darauf vertrauen, daß die Staatsmänner, die heute am Ruder der auswärtigen Politik in den Hauptländern Westeuropas stehen, die neue Politik mit Loyalität, Mut und Aufrichtigkeit durchführen werden.

Chamberlain, Briand und Stresemann, das sind Männer, bei denen sich die Öffentlichkeit darauf verlassen kann, daß sie es zuwege bringen, daß das vor einem Jahre geschaffene Fundament einen Oberbau erhalten wird, der des großen Ideals, dem er dienen soll, würdig ist.

Der deutsche Botschafter Sthamer

sagte bei dem Essen zu Ehren von Lord d'Abernon u. a.:

„Wir Deutschen sehen in Lord d'Abernon den Staatsmann, der während der Zeitdauer seines Amtes eine Politik verfolgt hat, die die kürzlich eingetretene Entwicklung eingeleitet hat.“

Im Lichte der Gegenwart betrachtet, könnten diese Worte als selbstverständlich angesehen werden. Wenn wir aber daran denken, daß es Jahre früher Erfahrung gebraucht hat, um diese Wahrheit zum gemeinsamen Besitz zu machen, dann zeigt sich, daß seine Worte in damaliger Zeit ein kühnes Programm darstellten, dessen Ausföhrung kaum sehr hoffnungsvoll schien.

Ein juristisches Oberhaus.

Ein gefährliches Gesetz-Experiment.

Von Dr. Curt Rosenberg.

Der Entwurf eines Gesetzes, wonach die Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Verordnungen des Reichsrechts durch den Staatsgerichtshof zu erfolgen hat, ist vom Reichsrat angenommen worden und dürfte demnächst dem Reichstage zugehen.

Bekanntlich ist nach der Revolution die Rechtspflege in ihrer personellen Zusammensetzung und in ihrer Verfassung fast völlig unverändert geblieben. Die Parteien, die der neuen Ordnung feindlich gegenüberstehen, haben es verstanden, diesen Umstand in ihrem Interesse auszunutzen.

So verfiel unter dem alten Regime auch kaum ein Gericht auf den Gedanken, ein Gesetz für verfassungswidrig und unwirksam zu erklären. Die Theorie hat bezüglich der Frage, ob den Gerichten ein materielles Prüfungsrecht der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen zustehe, allerdings schon früher geschwankt, die Praxis ist indes erst seit der Revolution dazu übergegangen, dieses Prüfungsrecht tatsächlich anzuwenden.

Daß dieser Zustand auf die Dauer nicht haltbar ist, ist klar. Das Mittel, das man zu seiner Beseitigung gewählt hat, ist nun das neue Gesetz, das dem Staatsgerichtshof allein das Prüfungsrecht übertragen will.

Der Gedanke des richterlichen Prüfungsrechts findet sich in gewissem Umfange bereits in der Reichsverfassung verankert. Nach Artikel 13 der Reichsverfassung kann bei Zweifeln darüber, ob landesrechtliche Vorschriften mit dem Reichsrecht vereinbar sind, auf Anrufung der zuständigen Reichs- oder Landesbehörde das Reichsgericht eine Entscheidung treffen.

Immerhin beschränkt sich Artikel 13 auf die Nachprüfung landesgesetzlicher Vorschriften nach bestimmten Gesichtspunkten und setzt die Initiative von Reichs- oder Landesbehörden voraus.

Das neue Gesetz geht viel weiter. Es unterstellt auch das gesamte Reichsrecht der richterlichen Nachprüfung und legt das Bestehen eines solchen Nachprüfungsrechtes grundsätzlich fest. Der Staatsgerichtshof würde dadurch gewissermaßen die Stellung eines Oberhauses erhalten.

Die neuen Freunde.

Sie drängeln sich zum republikanischen Staat!

In einer Agrarierversammlung für den Bezirk Magdeburg hat der Abgeordnete Hepp als Landbundführer eine Rede gehalten, in der er die „landwirtschaftlichen Belange“ wieder einmal mit dem Brustton der Überzeugung gegen alle Widersacher verteidigte und zum Schluß die neue Parole ausgab:

„Unsere Parole hat zu lauten: Hinein in den Staat! Die Landwirtschaft kann sich nicht mehr außerhalb des staatlichen Machtbereiches bewegen. Sie hat als bedeutendster Berufsstand und Wirtschaftsfaktor, aber auch als größte Masse nationaldenkender deutscher Menschen ein Recht, verantwortlich an der Macht des Staates beteiligt zu sein.“

Das ist nichts anderes als der „Drang zur Futtertrippe“, wie man im agrarischen Jargon sonst zu sprechen pflegt. Normale Menschen sind zwar der bescheidenen Meinung, daß die Agrarier — oder wie sie selbst sagen: „die Landwirtschaft“ — auch zu den Staatsbürgern gehören und deshalb die gleichen Verpflichtungen haben wie jeder Lohn- und Gehaltsempfänger, nämlich entsprechend dem Einkommen auch pünktlich und richtig Steuern zu zahlen.

Aber man weiß aus manchen Vorkommnissen, daß sehr viele Agrarier in dieser Hinsicht sehr wenig Gemeinschaftsgefühl für den Staat zeigen. Wenn also jetzt die Parole ist: „Hinein in den Staat!“, so soll das heißen: Hinein in die Regierung der Republik, damit die privaten Interessen der Landwirtschaft dabei genügend gesichert werden! Daß die Landwirtschaft darstellt, wird von Herrn Hepp und seinen Gefolgsmännern geflissentlich übersehen.

Im Zusammenhang mit der Hepp-Parole „Hinein in den Staat!“ steht ein Aufsatz, den der völksparteiliche Oppositionsführer in Preußen, der Abgeordnete v. Campe, in der „Täglichen Rundschau“ veröffentlicht. Dieser Alt-Nationalliberale von ehedem stellt an die Spitze seiner weinerlichen Betrachtungen die schönen Worte:

Die Grundlage jedes Staates ist die Verfassung. Das öffentliche wie private Leben hat sich im Rahmen der Verfassung zu halten. Wer die Verfassung nicht anerkennt, ist von öffentlich-rechtlicher Betätigung fernzuhalten. Das sind Selbstverständlichkeiten. Aber da anerkennen und „anerkennen“ zweierteil

Dinge sind, verlangt Campe freie Bahn für alle monarchistisch-tüchtigen:

... Monarchische Gesinnung darf nicht fernhalten vom Dienst an der Republik, darf den Monarchisten nicht zurückhalten, darf den republikanischen Staat nicht veranlassen, den Monarchisten zum Dienst am Staat nicht zuzulassen.

Herr Campe stammt noch aus einer Zeit, in der es als wichtigste Staatslehre galt, einen Republikaner von jeder Tätigkeit für den „Staat“, damals die Monarchie, fernzuhalten, es sei denn, daß er als gewählter Anwalt des Volkes von einer Bestätigung unabhängig war.

Die Monarchie, die immer noch das Ideal der Volksparteiler wie der Deutschnationalen ist, hat auch nicht die geringste Rücksicht darauf genommen, daß die Sozialdemokratie jahrzehntelang die stärkste Partei im Reich war. Sie hat sogar verhindert, daß ein Sozialdemokrat irgendwo auf dem Dorfe Nachtwächterdienste verrichte, geschweige denn an Universitäten Vorträge der Physik vortragen durfte.

Das alles weiß Herr Campe sehr genau. Wahrscheinlich hat er das alles früher selbst gebilligt und als hoher Staatsbeamter getreulich nach den Erfordernissen solcher Staatsweisheit gehandelt.

Heute aber möchte er die Monarchisten in Regierung und Verwaltung haben. Zu welchem Zwecke? Etwas um der Republik einen festeren Halt und größere Volkstümlichkeit zu verschaffen? Für so naiv können wir ihn nicht halten. Er, der alles daran setzen möchte, um die Sozialdemokraten auch aus der preussischen Regierung zu entfernen, er hat sich ganz ins Schlepptau der Konservativen mit dem irreführenden Namen begeben. Die Republik ist für ihre Anhänger nicht nur eine „Staatsform“. Sie ist ihnen Herzenssache. Und die darf nicht den stillen oder offenen Feinden ausgeliefert werden.

„Hinein in den Staat!“ muß es heißen für alle, denen der republikanische Gedanke mehr ist, als ein bloßes Spiel mit Worten. Hinein in den Staat! — das gilt vor allem für die Masse sozialdemokratischer Arbeiter, die heute immer noch stiefmütterlich genug behandelt werden!

... als gefährlicher ist, als jedes andere, denn über die Sinnlosigkeit des Staatsgerichtshofes kann gerade nach seinem Verhalten in der letzten Zeit ein Zweifel nicht mehr bestehen. Was ein Gerichtshof aus der Funktion machen kann, die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen zu prüfen, hat man in Amerika beobachten können, wo der oberste Gerichtshof auf Grund dieses Rechts jede Arbeiterchutzgesetzgebung verhindern konnte.

Wir können von unserem Staatsgerichtshof in seiner Art zweifellos ähnliches erwarten. Der Standpunkt des Reichsgerichts gegenüber dem Gesetze zur Enteignung der Fürsten in Koburg-Gotha ist oben dargelegt worden. Der Staatsgerichtshof würde vermutlich ähnlich geurteilt haben. Wie weit das richterliche Prüfungsrecht von ihm ausgedehnt werden kann, läßt sich mit Sicherheit überhaupt nicht übersehen. Hier ist gerade der juristische Theorie der weiteste Spielraum gelassen und es ist bekannt, was in letzter Zeit alles durch juristische Theorien gerechtfertigt worden ist. Hier liegt die ungeheure Gefahr des Gesetzes, auf die nicht scharf genug hingewiesen werden kann.

Sicherlich ist der gegenwärtige Zustand, der das Prüfungsrecht jedem einzelnen Richter überläßt, unhaltbar. Abhilfe kann aber bei der gegenwärtigen Mentalität der Justiz nicht dadurch geschaffen werden, daß man das Prüfungsrecht nur zentralisiert, vielmehr muß das materielle Prüfungsrecht überhaupt beseitigt werden, wie dies schon in Frankreich der Fall ist. Die Wirksamkeit von formell ordnungsmäßig zustande gekommenen Gesetzen wird durch die politische Verantwortung der gesetzgebenden Faktoren ausreichend gerechtfertigt. Ein materielles Nachprüfungsrecht der Gerichte ist hiernach überflüssig und sollte ganz beseitigt werden.

Das Gesetz, das im Interesse der republikanischen Staatsverfassung die Materie regelt, sollte ganz kurz sein und nur das materielle Nachprüfungsrecht der Gerichte ausschließen.

### Der Plan des Oberhauses.

Der oben erwähnte Gesetzentwurf sieht folgende grundsätzliche Regelung vor:

1. Reichstag, Reichsrat oder Minderheiten derselben oder die Reichsregierung sollen die Entscheidung des Staatsgerichtshofes zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit verkündeter Reichsgesetze anrufen können.
2. Das richterliche Prüfungsrecht bleibt bestehen, wird jedoch hinsichtlich der formellen Zuständigkeit dahin geregelt, daß Gerichte, wenn sie ein Reichsgesetz oder eine Reichsverordnung für unvereinbar mit der Reichsverfassung halten, das Verfahren aussetzen und die Frage der Verfassungsmäßigkeit zur Entscheidung an den Staatsgerichtshof abgeben müssen.
3. Der Staatsgerichtshof entscheidet mit Gesetzkraft.
4. Beschlossene, aber noch nicht verkündete Gesetze und Verordnungen können vom Reichspräsidenten sowie von der Reichsregierung zur gutachtlichen Prüfung auf die Verfassungsmäßigkeit an den Staatsgerichtshof gebracht werden.

### Klassenherrschaft, nicht Christengeist!

#### Stegerwald gegen die deutschnationalen Heuchler.

Der Versuch des deutschnationalen Abgeordneten Spahn, das Zentrum durch einen Appell an den Geist des Christentums einer Rechtskoalition geneigter zu machen, stößt im Zentrum auf eine fast stürmische Opposition. War die Antwort des Zentrumsabgeordneten Schreiber im Reichstag schon unzweideutig, so hielt der Gewerkschaftsführer des Zentrums, Stegerwald, in einer großen Versammlung in Osterfeld eine Rede, die um so auffälliger ist, als Stegerwald bisher, wie er selbst zugibt, dem Abgeordneten Spahn und seinen Bestrebungen nahestand. Er erwidert dem deutschnationalen Abgeordneten:

„Gegen eine Regierungserweiterung nach rechts bestehen die stärksten Bedenken im Zentrumslager deswegen, weil bei einer Rechtskoalition ein starker Bruchteil sich noch nicht mit den neuzeitlichen Staatserhältnissen innerlich abgefunden hat, starke Kräfte in den Rechtsparteien immer noch nach der alten privilegierten Klassenherrschaft streben und dafür bei einem großen Teil der allen rechtsgerichteten höheren Beamten eine wirksame Unterstützung finden würden.“

Man kann dem Abgeordneten Stegerwald nicht vorwerfen, daß er voreingenommen gegen die Rechtsparteien ist. Er selbst gehörte früher zu den Mitgliedern des Zentrums, die am ersten bereit waren, das Experiment einer Rechtskoalition zu machen. Die Erfahrungen müssen sehr trübe ausgefallen sein, wenn er den Deutschnationalen jetzt Vorwürfe macht, die ihre Mitarbeit an verantwortlicher Stelle logischerweise ausschließen müssen.

Ebenso bitter ist es, was Stegerwald über die von den Deutschnationalen so oft beschworene angebliche christlich-kulturelle Interessengemeinschaft zwischen Zentrum und Deutschnationalen sagt. Mit der Durchsetzung christlichen Geistes im gesamten öffentlichen Leben, so meint er, sieht es in der Deutschnationalen Partei tröstlos aus:

„Noch die letzten Tage hat mir ein sehr angesehenen Abgeordneter der Deutschnationalen Volkspartei darüber gesagt, daß die deutschnationale Presse überwiegend von kapitalistischem oder interessentypischem Einfluß beherrscht werde. Wenn man einen großen Teil der deutschnationalen Presse durchgeht, so findet man, daß ihr jede Spur von sittlichem Ethos abgeht, und daß, wo ein nationales Ethos erkennbar ist, dieses nicht selten prinzipialistisch oder interessentypisch untermauert ist. Dann ist heute, wo die Börsischen abgehaut haben, die Deutschnationale Volkspartei zum Stellbildchen aller derer geworden, die den alten Klassen- und Kastengeist wieder herbeiführen, die die Arbeiter in der Wirtschaft und in den einzelnen Betrieben wieder, ähnlich wie früher beim Heer, zum Untertanen, die Menschen wie ehedem zum Objekt im Staate herabdegradiert wissen wollen, denen jede Psychologie und Geistigkeit in der Behandlung fremder Völker und der eigenen Volksgenossen abgeht.“

Ein Fraktionskollege des Abgeordneten Spahn erlaubte sich bei einem Angriff Spahns auf die Beamtenpolitik des Zentrums den Zwischenruf: „Das hat gefesselt!“ Man darf neugierig sein, was die deutschnationale Presse zu dem Porträt sagen wird, das Stegerwald in Osterfeld von der Deutschnationalen Partei entworfen hat. Vielleicht übernimmt es der Geschäftsführer der deutschnationalen Reichstagsfraktion Lambach, es mit dem Begleittext, den er dem „Strefemann-Porträt“ widmete, weiterzuziehen.

### Wahllehren.

#### Nüchternere Tatsachen gegen kommunistische Phrasen.

Aus den Betrachtungen der kommunistischen Presse über die Wahlergebnisse von vergangenen Sonntag klingt die Freude über die vorgelegte Tatsache heraus, daß die kommunistische Partei einen Einbruch in das sozialdemokratische Lager fertig bekommen habe. Diese Freude ist jedoch eitel Schaumschlägerei. Sieht man sich nämlich die Wahlergebnisse ein wenig näher an, so ergibt sich das Umgekehrte: Von Kiel und Lübeck ganz zu schweigen, wo die Sozialdemokratie gewaltige Stimmenfolge erzielt hat und die kommunistische Partei fast ganz dezimiert worden ist, und von Baden abgesehen, wo sich infolge der allgemeinen Wahlmüdigkeit ein zutreffendes Bild von der Stimmung der Bevölkerung nicht gewinnen läßt, marschieren die Sozialdemokratische Partei entschlossen vorwärts, während die Kommunisten zum Stillstand oder gar zum Rückschritt verurteilt sind. Statt lösender Phrasen einige nüchternere Tatsachen von der sächsischen Gemeindevahl. In den bedeutendsten Orten haben die Fraktionen der Sozialdemokratie und der Kommu-

nistischen Partei jetzt folgende Stärke (die bisherige Mandatziffer in Klammern):

	SPD.	KPD.
Leipzig . . . . .	26 (19)	14 (14)
Dresden . . . . .	26 (21)	10 (10)
Chemnitz . . . . .	17 (16)	14 (15)
Zwickau . . . . .	16 (14)	8 (8)
Jittau . . . . .	8 (7)	2 (3)
Bautzen . . . . .	11 (8)	4 (4)
Blauen . . . . .	12 (11)	12 (10)
Bittau . . . . .	7 (5)	4 (6)
Krimmitschau . . . . .	10 (8)	3 (6)
Berdau . . . . .	7 (6)	5 (6)
Frankenhausen . . . . .	7 (4)	2 (4)
Langenhessen . . . . .	6 (4)	1 (2)
Neukirchen . . . . .	6 (4)	1 (3)
Lue . . . . .	7 (6)	7 (8)
Schwarzenberg . . . . .	4 (3)	7 (10)
Limbach . . . . .	4 (3)	10 (10)
Mittweida . . . . .	9 (9)	3 (4)
Reichenbach . . . . .	10 (7)	5 (6)
Frankenberg . . . . .	11 (9)	4 (6)
Siegmarsdorf . . . . .	7 (6)	5 (6)
Weinböhla . . . . .	5 (4)	2 (3)

Diese Liste läßt sich durch ähnliche Ergebnisse aus hundert anderen, größeren und kleineren Gemeinden Sachsens vervollständigen. Wir sehen überall das gleiche Bild. Trotz der ungeheuren wirtschaftlichen Not, unter der die wertstätige Bevölkerung besonders stark zu leiden hat, konnten die Kommunisten im besten Falle ihre Mandatzahl erhalten, unzählige Male sind sie von der Sozialdemokratie überholt worden.

Die aus der sozialen Not geborene Verzweiflungssstimmung mag vorübergehend die kommunistische Agitation ein wenig beleben; aber immer mehr erkennen die arbeitenden Massen, daß nur die positive Arbeit der Sozialdemokratie den Weg aus dem Elend bahnen kann. Das haben die Wahlen in Sachsen, Lübeck und Kiel wieder einmal unwiderleglich bewiesen.

### Prager Militärs gegen Abrüstung.

#### Gegen die Verkürzung der Dienstzeit.

Prag, 17. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Heeresminister Udrzal sprach am Mittwoch im Staatsrat des Parlamentes über die Stellung der neuen Regierung zur Abrüstungsfrage. Er entwickelte ein Programm, das allen Versprechungen, die Außenminister Beneš bei den verschiedensten Gelegenheiten gegeben hatte, ins Gesicht schlägt. Die Regierung will die 18 monatige Dienstzeit, die nach dem Wehrgesetz nur provisorisch besteht und jetzt in eine 14monatige umgewandelt werden sollte, beibehalten, was einer Verkürzung des Wehrgesetzes gleichkommt. Die Ausgaben für Flugwesen, Rüstungen und Manöver findet der Kriegsminister noch nicht hoch genug, um die Armee für den Ernstfall bereitzuhalten. Selbstverständlich berief sich der Minister bei seinem Rüstungsprogramm wieder auf die mangelhafte Abrüstung der Nachbarstaaten. Wie wenig stichhaltig dieses Argument ist, beweist die hohe Friedensstärke der tschechischen Armee, die bei 13 Millionen Einwohnern 150 000 Mann beträgt. Der Aufwand für die Armee beziffert sich jährlich auf 3 Milliarden Kronen, das sind 20 Prozent der gesamten Staatsausgaben.

Revision im Faulhaber-Huppert-Prozess. Gegen das Urteil der kleinen Strafkammer III des Landgerichts Hamburg im Prozess Faulhaber-Huppert hat der Angeklagte Huppert Revision beim hanseatischen Oberlandesgericht eingelegt.

Revision im Prozess Hitler-Dombrowski verworfen. Gegen das auf 2500 Mark Geldstrafe lautende Urteil der Berufungskammer in dem Prozess Hitler gegen den früheren Redakteur des „Berliner Tageblattes“, Dombrowski, wie auch der Richter Adolf Hitler Revision eingelegt. Das Oberste Landesgericht München hat nunmehr beide Revisionen unter Aufhebung der Kosten auf die beiden Beschwerdeführer verworfen.

Der Verbindungsbau am Völkermuseum. Das Museum für Völkertunde ist jetzt mit dem Nachbarmuseum, dem früheren Kunstgewerbemuseum, durch einen Verbindungsbau in Zusammenhang gebracht worden. Die Verbindung ist sachlich besonders dadurch nötig geworden, daß das Erdgeschoss des Völkertunde-Museums die Schauansammlungen der ethnologischen Abteilungen aus Ostasien, aus Indien und Turfan ausnahm, während das Erdgeschoss des früheren Kunstgewerbemuseums die Ostasiatische Kunstabteilung enthält. Man wird nun in Zukunft in dem Verbindungsbau von der einen in die andere Sammlung unmittelbar gelangen können. Der Bau, der in den rückwärtigen Teilen der Museen ansetzt, dürfte in wenigen Wochen zugänglich gemacht werden können; im Außenbau ist er bereits fertig. Die Verbindung gibt auch die Möglichkeit, Teile der Sammlungen aufzustellen, die bisher magaziniert worden waren. Der Leiter der Turfan-Expeditionen, Prof. Dr. Albert von De Coq, kann hier wenigstens zum Teil den Inhalt der 115 Kisten mit Bildern und anderen Antiquitäten vorführen, die in der Turfan-Schauansammlung des Völkertunde-Museums nicht untergebracht worden waren.

Theaterstandal in Prag. Am Dienstag abend kam es bei der Aufführung des Russtdramas „Bozzet“ zu einem ungeheuren Aufruhr im Prager tschechischen Nationaltheater. Der Tumult steigerte sich so, daß die Vorstellung nach dem zweiten Akt abgebrochen und das Theater von der Polizei geräumt werden mußte. Die Hetze gegen dieses revolutionäre Kunstwerk wurde von den Nationaldemokraten veranstaltet und organisiert, die die nationaltschechischen Elemente gegen den „Bozzet“ mobilisierten, da das deutsche Drama Büchners und die „germanische Russt“ Abon Bergs, den man außerdem noch zum Juden stempelte, angeblich das tschechische Volk vergifteten.

Schulhäuser aus Glas. Ueber einige neuere Schulhausbauten in Holland, die völlig aus Glas hergestellt werden, erfahren wir folgende interessante Einzelheiten: Die Wände sind aus einem unzerbrechlichen Glas hergestellt, das einerseits bei jeder Mitternacht ein gleichmäßiges, ruhiges und nicht blendendes Licht in alle Räume einläßt, andererseits den zerstreuten Ausblick aus Fenstern verhindert, da die Gebäude ohne Fenster hergestellt werden. Die Lüftung erfolgt durch ein System automatisch funktionierender Ventilatoren. Pädagogische Kreise erhoffen sich von diesen Bauten einen günstigen Einfluß auf die geistige Konzentration während des Unterrichts. Auch an deutschen Stellen soll der Bau ähnlicher Häuser nach den holländischen Erfahrungen bereits erfolgen werden.

Schutz den Mochusochsen. Die Mochusochsenherden im dänischen Grönland sind in ihrem Bestande durch die Jagd gefährdet, die auf Mochusochsen gemacht wird. Es werden manchmal 10 bis 40 erwachsene Mochusochsen getötet, die sich dem Fang eines solchen Kalbes widersetzen und für ihre Jungen ihr Leben opfern. Der dänische Tierkupperein sucht nun dieser drohenden Ausrottung entgegenzuwirken, indem er die Zoologischen Gärten auffordert, keine Mochusochsen zu kaufen. Die Tiere sind auch gar nicht für das Leben im feuchten und warmen Klima geeignet und sterben in der Regel im Lauf eines Jahres. Nachdem der dänische Zoologische Garten mit gutem Beispiel vorangegangen ist, haben jetzt auch die 16 Zoologischen Gärten, die in dem Verband der Deutschen Zoologischen Gärten zusammengeschlossen sind, erklärt, keine Mochusochsen zu kaufen.

## Mussolini und das Bergbäuerlein

Bozen, im November.

„Mussolini“, sagte der kleine, alte, knochige Bergbauer und klopfte sich die kurze Stummelpeise in die Faust. Er deutete das i, daß es pfeifend durch eine Zahnlücke fuhr. Dann neigte er den knorrigen Schädel zur Seite, das gefurchte, runzlige, bartlose Gesicht erhielt noch eine Denterfalte: „Mussolini!“

„Mehr sagte er nicht. Was aber in diesem ferndeutschen Herzen, in diesem hartköpfigen Schädel vorging, ließ sich ahnen.“

Es sind Naturphilosophen, diese von Wind, Wetter und Bergschroffen zerzausten, alten Männchen. Ihre Philosophie ist keine „studierte“, überleserte Wissenschaft. Selbsterlebtes, Erfahrenes, aus Mensch und Tier und der trübsamen Erde Gesolgertes wälzen sie unerschütterlich in ihrem Inneren, bis sich irgendeine naive Erkenntnis durchringt. In seltenen Stunden und in noch selteneren Sprüchen tropft sie von den zusammengewinkelten, schmalen, bartstoppeligen Lippen. Aber mit unfehlbarer Lebensweisheit umfassen sie irdische Dinge.

„Mussolini“, in dem pfeifenden i Klang Hohn und der Respekt des Individuums vor der Macht der rohen Gewalt. Und über dem ganzen Worte schwingt ein geringelhafter Klang. Die Geringschätzung eines einzelnen Menschen und dessen Streben gegenüber der Erhabenheit der Berge, dem Wunder einer einzigen schwarzen Türkenblüte oder dem Geheimnis der Ueberwinterung eines alten Burgundererbstodes. Die Geringschätzung eines Menschen, der wohl die Natur knebeln, nicht aber neu schöpfen kann. Was ist er im Vergleich zu dem verwitterten Felsblock, zu dem winzigen Samenfort, zu der dreihundertjährigen Rebwurzel . . . ?

Das Bergbäuerlein sah in die untergehende blutrote Sonne. Er unterordnet sich dem Zwang. Wenn Bliz und Hagel über seinen Hof toben, fällt er in die Knie, betet zu seinem Schutzpatron. Wenn glühende Sonne seine Wiesen und Aecker sengt, bittet er Gott um Wasser. Und die Erfahrung hat ihn gelehrt, daß jedes Uebel früher oder später auch wieder sein Ende findet — daß auf Regen Sonnenschein folgt.

„Mussolini!“ — ein Mensch wie wir alle. Einer, der das blanke Messer gezückt hält. Einer, der auf der höchsten Spitze — einer Obstkletter steht. Ein Sturmwind kann ihn beim Ernten wie eine faule Frucht herunterstürzen . . . wie seinen Enkel jüngst bei den Weberpfeilen. Ein Akt kann brechen, oder die tödliche Leiter.

Der Alte glaubt an keine irdische Beständigkeit mehr. Zu oft hat er gefühlt, wie alles dem Wechsel der Zeit, der Laune der Natur unterworfen ist.

Seine Kinder leiden. Weis sie jung und kräftig sind. Und unerfahren. Es schmerzt sie schon die zu lange im Hofensack ruhende geballte Faust. Und seine Enkel lauchnen. Jauchzen den Berg hinunter, singen fröhlich ein italienisches Lied, das sie ganz und gar nicht verstehen. Jagen einer alten Flegel nach.

„Da Goos (Weis) ist jetzt a welsch g'worden.“ Er lachte. Stopte sich eine neue Pfeife, blickte sich in den Bergspitzen um, als vermüdete er hinter den Schroffen irgendwo plötzlich einen Karabinierschützen blitzen zu sehen.

Die Flegel lief den Abhang herauf, hinter ihr her die lachenden Kinder.

„Ob uns jetzt der Welsche meißt oder der Franzos — s'ist alleweil dasselbe. Derenhalben bleib'n mir dächt alleweil böß, was mir sein.“

Er blickte wieder ins Tal. Im Widerschein des glühenden Rosengartens lag „Bolzano“, Tricoloregeschmückt. Musikbänden und Militär erfüllten den Waltherrplatz, Klänge der Hölzchymne drangen selbst bis zu uns herauf. Eine falsche Siegesfeier, der „Eroberung Tirols“ geltend.

Der Alte schritt seinem Hof zu. Ich blickte ihm lange nach. „Mussolini!“

### Wiener Werkstätten.

Eine geschmackvolle Karte ladet zur Besichtigung der Verkaufsausstellung der Wiener Werkstätten, die zugleich eine Gedächtnisschau für den verstorbenen Dagobert Peche ist, nach der E. B. Lindt'schen Kunsthandlung, Kurfürstendamm 50. Die österreichische Gesandtschaft, indem sie durch Anwesenheit und Pressepropaganda dieses Ereignis zu einem offiziellen österreichischen gestaltet, bekennt sich zu dem kulturfördernden Standpunkt, der Kunst als Bestandteil des Staatsprestiges und den Staat als volkstümliche Angelegenheit behandelt. Davon könnten deutsche Staatslenker immerhin etwas lernen.

Es sind Keramiken, Gläser, Stoffe und Tischdecken, getriebenes Silber und Messing, Rissen und aber Tausend jener bezaubernden Nüchternheiten da, die das Leben des Wohlhabenden angenehm gestalten könnten, wenn er Geschmack hätte, und die dem Nichtermögenden immer wieder Staunen abnötigen, was es doch für ein Glück sein müsse, ein ziemlich unbegrenztes Konto zu besitzen, und warum trotzdem die Heime unserer lieben Mitbürger und Mitbürgerinnen mit Schockbuch so trostlos auszuweisen vermögen.

Kurzum: es ist die Frage, ob in Berlin noch Geschmack existiert. Davon wird es abhängen, ob die Wiener Werkstätten Fuß fassen und sich hier häuslich und händerlich einrichten können, oder sich bald nach Weihnachten wieder in ihr sympathisches Totafolorit an der Donau zurückziehen werden.

Wiener Werkstätten nämlich, das wird auch den Harmlosen klar, die in einer tabellosen Louis-Quinze-Einrichtung bisher den Clou der Gemütlichkeit von 1926 erlitten durften, bedeuten den guten Geschmack der Gegenwart schlechthin. Es erscheint ausgeschlossen, daß irgendein anderes Kunstgewerbe aus Frankreich, England, Amerika oder den Randstaaten, einschließlich Deutschland, derartig erquickende Sachen für den Hausgebrauch und Luxus des modernen Menschen hervorbringen kann.

Rebenher gilt es, den leidet verstorbenen Peche, den subtilsten unter den Wiener Kunstgewerblern, mit Zeichnungen und ausgeführten Keramiken, Stoffen und sonstigen Herrlichkeiten ins rechte Licht zu setzen. Indessen: wer es nicht extra gesagt bekommt, wird darauf nicht besonders achten müssen.

Es ist auch nicht so wichtig. Die Persönlichkeit des Schaffenden verschwindet etwas hinter der unerhörten Kultur von Wiener Prägung, die uns dort überall in betörender Vollkommenheit entgegentritt und zum Erwerben animiert.

Rüge Berlin die schöne Gelegenheit nicht vorübergehen lassen. Dr. Paul F. Schmidt.

## Das deutsche Eigentum in Amerika.

Vor der endgültigen Regelung.

Die Frage der Rückgabe des während des Krieges von den Vereinigten Staaten beschlagnahmten Eigentums deutscher Staatsangehöriger und Firmen hat in den letzten beiden Jahren die Aufmerksamkeit der beiden Länder stark beschäftigt. In Deutschland wegen der Wiedererlangung der immerhin recht beträchtlichen Vermögen, die Schätzungen gingen bis zu 1 Milliarde Mark für beschlagnahmte Bantgelder, Schiffe, Patente, Funkstationen und sonstige reale Werte, in den Vereinigten Staaten nicht zuletzt auch wegen der Gefährdung der kapitalistischen „Moral“, die um des schlechten Beispiels willen keine Enteignung von Privateigentum durch ein staatliches Gesetz gutheißen wollte. Eine Abschlagszahlung von rund 130 Millionen Mark wurde deutschen Staatsangehörigen bis zum 31. Dezember 1925 nun bereits geleistet, und zwar auf Grund eines amerikanischen Gesetzes vom März 1923, das die Freigabe aller Forderungen bis 10 000 Dollar und der Zinsen auch von größeren Vermögen, soweit sie 10 000 Dollar nicht überstiegen, bestimmte. Die Freigabe des großen Restes aber wurde zum Gegenstand eines großen öffentlichen Meinungsumschwungs in Amerika, der durch den Widerstand der Coolidge-Regierung gegen die Freigabe verschärft, in Deutschland zur Inszenierung der ersten großen Wörsthaufe anfangs dieses Jahres ausgenutzt wurde und die Lösung des Problems insbesondere durch die Verknüpfung mit amerikanischen Gegenforderungen bis jetzt hinausgeschob.

Am 15. November hat nun der entscheidende Ausschuss des amerikanischen Repräsentantenhauses die Diskussion der Frage wieder aufgenommen, und es scheint, nachdem die Coolidge-Regierung sich aus innerpolitischen Gründen etwas entgegenkommender gezeigt hat, die endgültige Regelung bevorzustehen. Jedenfalls läßt der von dem Unterstaatssekretär Winston gemachte Regierungsvorschlag erkennen, daß das deutsche Eigentum grundsätzlich zurückgegeben werden soll, obwohl die anderen Entente-Staaten das im Kriege beschlagnahmte deutsche Eigentum definitiv enteignet hätten. Die amerikanische Regierung fordert aber nach wie vor, daß die 190 Millionen Dollar privater und 60 Millionen Dollar staatlicher Gegenforderungen gedeckt werden müssen. Diese Deckung soll erfolgen durch eine Ermächtigung des Schatzamtes durch den Kongreß, 100 Millionen Dollar aus dem amerikanischen Staatshaushalt zu entnehmen, aus 42 Millionen Dollar deutschen Reparationszahlungen, aus 26 Millionen Dollar Zinsen des bisher beschlagnahmten Vermögens, während der Rest aus zukünftigen deutschen Reparationszahlungen gedeckt werden soll. Die Zahlungen aus Deutschland für die 60 Millionen Dollar Regierungsforderungen sollen in Mark erfolgen, um den Transfer zu erleichtern. Für die Forderungen der deutschen Schiffahrtsgesellschaften und der Berechtigten aus den deutschen Funkstationen und Patenten wurde insofern eine Benachteiligung eintreten, als diese erst im Laufe von mehreren Jahren aus den deutschen Dameszahlungen befriedigt werden sollen, nachdem die Gegenwerte dieser Forderungen von Amerika längst in Gebrauch genommen oder sonst verwertet worden sind. Endgültige Beschlüsse liegen noch nicht vor. Der Kampf der rücksichtslosen Enteigner geht vorläufig noch weiter. Doch dürfte durch den Regierungsvorschlag die Rückgabe des deutschen Eigentums praktisch gefördert worden sein.

Neben deutschen Banken, Schiffahrts- und Funkgesellschaften sind insbesondere die chemische und die mechanische Industrie Deutschlands stark an den Forderungen beteiligt, so entfallen allein auf die I. G. Farben, drei weitere chemische Fabriken, Robert Bosch, Drenstein u. Koppel und einige andere Firmen allein Werte im Betrage von rund 30 Millionen Dollar.

Victor Vach ist als Nachfolger Ferdinand Buiffons zum Vorsitzenden der Liga für Menschenrechte gewählt worden.

Zeitungssteuer in Neu-Südwesten. Die Arbeiterregierung von Neu-Südwesten hat beschlossen, von allen im Staat erscheinenden Zeitungen eine Steuer von 1/2 Penny für das Exemplar zu erheben.

83 1/2 Millionen Japaner. Nach Ausweis des soeben erschienenen Berichtes des japanischen statistischen Amtes hat die Bevölkerung Japans im Jahre 1925 einen Zuwachs von nicht weniger als 875 385 Köpfen erhalten, ein Zuwachs, der um mehr als 125 000 die Durchschnittsrate des Jahreszuwachses von 750 000 Köpfen übersteigt. Diese verblüffende Vermehrung der japanischen Bevölkerung im vergangenen Jahr ist darauf zurückzuführen, daß der gesteigerten Geburtenzahl eine erhebliche Abnahme der Todesfälle gegenübersteht. Rechnet man zu dem Mutterland die unter japanischem Schutze stehenden Gebiete Korea, Formosa, Sachalin, die Südburien-Inseln und die Provinz Kwantung in der Mandchurei hinzu, so ergibt sich am 1. Oktober 1925 eine Gesamtzahl der Bevölkerung von 83 454 371 Köpfen gegenüber 78 988 379 Köpfen, die noch am 1. Oktober 1920 gezählt wurden. „Angesichts dieser Ziffern“, schreibt der japanische Dichter Gonnoske Korimal unter der Überschrift „Eine Gefahr für den Weltfrieden“ in einem Londoner Blatt, „drängt sich die nicht nur für Japan, sondern auch für die ganze übrige Welt wichtige Frage auf, ob die Bevölkerung Japans künftig in diesem erstaunlichen Ausmaße weiterwachsen wird. Ist dies der Fall, so eröffnen sich Aussichten, die um der Erhaltung des Friedens willen die Aufmerksamkeit der ganzen Welt verdienen.“

Die dritte Tanzmatinee der Volksbühne, die entgegen den ursprünglichen Ankündigungen nicht schon am 21., sondern erst am Sonntag, den 28. November, vorm. 12 Uhr, im Theater am Balowplatz stattfindet, wird Darbietungen von Greta Valucca mit ihrer Gruppe bringen. Einladungen sind zum Preise von 1,20 M. schon jetzt in den Verkaufsstellen der Volksbühne erhältlich.

Der Männerchor Noabli gibt am Sonntagmorgen 8 Uhr in der Hochschule für Musik ein Konzert, in der Obere von Schubert, Coene, Gade und Trunk, sowie Orgelstücke von Mendelssohn, Rigt und Neger zur Aufführung kommen.

Ein neues Theatergesetz in Italien. Am 15. November ist in Italien ein neues Theatergesetz in Kraft getreten. Nach dem Gesetz steht der Staat 5 Proz. des Ertrages von Bühnenstätten, die ausschließlich sind, ein; die italienische Gesellschaft der Autoren ist mit der Verwaltung dieser Beträge beauftragt. Eine Verwendung der Beträge für Zwecke des Theaters ist nicht gestattet, vielmehr können daraus auch Summen für andere kulturelle und sogar industrielle Zwecke ausgegeben werden.

Die St. Pauls-Kathedrale in Gefahr. Eines der repräsentativen historischen Bauwerke Londons, die St. Pauls-Kathedrale, scheint nach den letzten Untersuchungen der Sachverständigen ernstlich in Gefahr zu sein. Der englische Architekt Poynter äußert sich in den Londoner Tageszeitungen sehr kritisch über die Ergebnisse der jetzt begonnenen Restaurationsarbeiten, bei denen erhebliche Schäden zutage getreten seien als man vorher vermutet hatte.

Nationaltheater in Moskau. In Moskau soll noch in dieser Spielzeit ein Nationaltheater für Sibirien eröffnet werden, das von der Sowjetregierung subventioniert wird. Die Regierung verspricht damit ihre Arbeiter an einer kulturellen Erhebung des Sibirienvolkes.

Eine buddhistische Akademie in Leningrad. In Leningrad soll demnächst eine Akademie zum Studium des Buddhismus gegründet werden. Sie soll vier Abteilungen umfassen, je eine für Indien, China, Japan und Siam, die von Gelehrten dieser Nationen geleitet werden sollen. Die Sowjetregierung hat die finanzielle Unterstützung der Akademie und ihrer Arbeiten zugesagt.

Die lateinische Schrift in der Türkei. Die türkische Regierung hat nunmehr nach längerem Zögern beschlossen, für alle amtlichen Schriftstücke das lateinische Alphabet zu verwenden.

# Der niederländisch-belgische Vertrag.

## Eine notwendige nachbarliche Verständigung.

Aus Holland wird uns geschrieben:

Am 11. November wurde von dem niederländischen Parlament der niederländisch-belgische Vertrag ratifiziert und so nicht nur eine vierzehntägige parlamentarische Debatte, sondern auch ein jahrelanges Ringen um eine wirklich befriedigende Gestaltung der vielfachen politischen und wirtschaftlichen Wechselbeziehungen zwischen den nördlichen und südlichen Niederlanden oder, mit ihren heutigen Namen, Holland und Belgien abgeschlossen.

Beide Länder, die Jahrhunderte hindurch als Teil des alten burgundischen Reiches ein Ganzes gebildet hatten, waren durch die ökonomische Entwicklung in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts und den sich daraus ergebenden verschiedenartigen politischen Reifegraden ihrer Bevölkerungen voneinander getrennt worden. Während im heutigen Holland ein selbstbewusstes Bürgertum, gestützt auf lebensfähige demokratische Institutionen und ideologisch von dem Calvinismus gegenüber den orthodox-katholischen Habsburgern getragen, in 80-jährigen Kämpfen gegen den spanischen Feudalismus seine Unabhängigkeit errang, siegte im Süden, dem heutigen Belgien, der katholische Feudalismus, und zwischen beiden bluis- und teilweise sprachverwandten Ländern entstand eine tiefe, selbst heute noch nicht völlig überwundene Kluft. Während Niederland als selbständiger Staat und überseeische Großmacht auf- und Niedergangszeiten durchlebte, herrschte vom Westfälischen Frieden bis zur französischen Revolution in Belgien die feudalistische Form des Katholizismus unumschränkt.

Der Wiener Kongreß 1815 unternahm nach der stürmischen Phase der napoleonischen Kriege den Versuch, beide Länder auf eine neue unter der Herrschaft der zu Königen erhobenen Oranien zu vereinigen, aber das Experiment scheiterte 1830 kläglich, weil die Holländer in Belgien ähnliche psychologische Fehler wie später die österreichische Bureaucratie in Böhmen oder die preussische Bureaucratie in Polen und Nordschleswig begingen. Belgien wurde selbständiger Staat, und in dem Vertrag von 1839 seine Neutralität anerkannt. Diese Neutralität wurde 1914 durch den deutschen Einmarsch zerstört und durch den Versailler Frieden nicht erneuert. Deshalb mußten auch die Beziehungen zu den Niederlanden neu geordnet werden. Anfangs schienen die Schwierigkeiten, um zu einem Einverständnis zu gelangen, unüberwindlich zu sein. Das aus den Stürmen des Weltkrieges wieder erstehende Belgien war gerade dem benachbarten Holland gegenüber nicht ganz frei von annexionsistischen Reigungen. Es sah seine große Hafenstadt Antwerpen durch die holländische Besetzung, jederzeit die Westerschelde gegen Kriegsschiffe absperrt zu können, eingeengt, und

es begehrte einen unmittelbaren und modernen Zugang zum Rhein, eine belgische Rheinmündung.

In dem belgischen Minister Genossen Vandervelde fand der durchaus europäisch eingestellte niederländische Minister des Auswärtigen, van Karnebeek, den Mann, mit dem er zu einer Verständigung gelangen konnte. Der zwischen beiden Staatsmännern unterzeichnete Vertrag bringt zweifelsohne gewisse Opfer für Niederland mit sich. Es ist ein weitgehendes Zugeständnis für einen Staat, auf seinem eigenen Gebiet einen Kanal graben zu lassen, der seiner größten Hafenstadt unbedingt einen Teil des Rheinverkehrs entziehen muß. So aber liegen die Dinge bei dem tief angefochtenen Kanal Antwerpen-Moerdijk, und zweifelsohne sind die Argumente des sozialdemokratischen Abgeordneten Brautigam, des Führers der niederländischen Transportarbeiter, gegen den Vertrag daher keineswegs leicht zu nehmen. Aber auch der Abgeordnete Vliegen (Soz.) als Vertragsanhänger war nicht im Unrecht, als er darauf hinwies, daß die zukünftige Entwicklung niemand voraussetzen könne und Antwerpen nicht auf Rosen gebettet sei.

Im allgemeinen ist im ganzen Verlauf der Debatten das Scheideproblem im Hintergrund geblieben, da es mehr moralische als aktuelle Bedeutung hat. In einer politischen Atmosphäre, wie sie dem Weltkrieg vorausging, wäre es allerdings von grundlegender Bedeutung, ob die Schelde in einem europäischen Konflikt eine Rolle zu spielen berufen ist oder nicht. Nur dem Vertrage von 1839 war es schließlich zu danken, daß 1914 keine englische Flotte in die Schelde einlaufen und damit durch englische Landungstruppen die deutsche Front von hinten aufröhlen konnte. Für das Europa nach Locarno aber war Herr van Karnebeek im Rechte, als er erklärte, man solle endlich einen Strich unter das Vergangene setzen und den Blick in die Zukunft richten.

Die Entschließung Karnebeek, die auf Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Belgien hinauslief, wurde schließlich mit 53 gegen 44 Stimmen abgelehnt und die Ratifizierung mit 50 gegen 47 Stimmen beschlossen. Es wäre unangebracht, nach dem Vorbilde des Amsterdamer „Telegraaf“ den Männern, die aus ehrlicher Ueberzeugung dagegen stimmten und zu denen auch Namen von Rang aus der niederländischen Sozialdemokratie gehören, nationalen Egoismus vorzuwerfen; auf jeden Fall ging es um die ernsteste Entscheidung, die der Zweiten Kammer seit langem vorgelegt war. Wenn diese folgenschwere Entscheidung zu einer weiteren Entgiftung der politischen Atmosphäre im europäischen Kulturzentrum beiträgt, so werden sich auch diejenigen später damit abzufinden wissen, die durch Ablehnung der Ratifizierung ihrem Lande einen Dienst zu erweisen glaubten.

## Poincarés große Mehrheiten.

Vertrauen von neuem ausgesprochen.

Paris, 17. November. (E.P.) In der heutigen Nachmittagsitzung der Kammer stellte Poincaré bei der Beratung der Art. 71 und 72, die auf die Elektrifizierung der landwirtschaftlichen Betriebe Bezug haben, von neuem die Vertrauensfrage, und zwar anlässlich des Vorschlages eines kommunistischen Abgeordneten, wonach die vorgeschlagenen Kredite erhöht werden sollen. Bei der ersten Abstimmung wurde die Zurückweisung der Artikel an die Kommission mit 375 gegen 150 Stimmen und bei der zweiten Abstimmung mit 465 gegen 151 Stimmen abgelehnt.

Loucheur für die Stabilisierung.

Paris, 17. November. (Eigener Drahtbericht.) In Lille hat Loucheur auf dem Bankett einer großen wirtschaftlichen Vereinigung eine bedeutsame politische Rede gehalten. Dabei hat er vor allem die Finanzlage Frankreichs einer Durchsicht unterzogen und die Behauptung vertreten, daß, wenn am 4. Dezember vorigen Jahres die Steuern nicht in dem damals beschlossenen Umfang angenommen worden wären, im Mai 1926 eine neue Inflation größten Stils nicht zu vermeiden gewesen wäre. Dem Rabinett Poincaré sprach Loucheur den Dank dafür aus, daß es den Mut fand, dem Parlament die wahre Finanzlage Frankreichs vor Augen zu halten und daß es die Steuern durchsetzte, wenn diese auch gegenwärtig sehr schwer auf dem Lande und besonders auf seiner Industrie lasten.

Zur Frage der Staatsmonopole erklärte Loucheur, daß gegenwärtig die besten Bedingungen für die Stabilisierung vorhanden seien. Regierung und Parlament hätten jetzt die Wahl, ob sie entweder stabilisieren oder weiter aufwerten sollten. Vom rein theoretischen Standpunkt aus stelle sich der vollständigen Aufwertung des Frank nicht weiter in den Weg. Die Staatsschuld der Bank von Frankreich betrage 40 Milliarden. Diese Schuld könne in acht bis zehn Jahren abgetragen werden, jedes Jahr würde somit der Frank steigen und schließlich den Vorkriegswert wieder erreichen. Dadurch würde aber nur erreicht, daß das industrielle Leben Jahre hindurch in verhängnisvoller Weise gestört würde. Es wäre ein Budget von 22 bis 23 Milliarden Goldfrank aufzubringen, wozu der Staat für den Schuldendienst reserviert werden müßte. In Frankreich seien gegenwärtig die Bedingungen ähnlich wie in Belgien. Er glaube darum, daß es das Beste sei, wenn in nächster Zukunft stabilisiert würde. Die Unsicherheit, in der man lebe, sei geradezu unerträglich. Infolge der letzten Frankhauffe habe der französische Handel bereits eine merkliche Einbuße erlitten. Die Krise rücke mit Riesenschritten vorwärts. Sie müsse aufgehalten werden und könne es auch. Er gehöre zu denen, die glauben, daß es möglich sei, von Frankreich die „große Buße“ abzuwenden. Man könne stabilisieren, indem für die Arbeiter der im Kriege erworbene Lebensstandard beibehalten werde und indem man gleichzeitig der Industrie die Ausfuhrmöglichkeit, die sie gewonnen habe, nicht beschränke. Wenn die Regierung ein Werk der Gerechtigkeit vollbringen wolle, könnte sie gleichfalls für die Rentiers, die vor dem Kriege Frank zum Goldfrank dem Staat anvertrauten, Vorzugsbedingungen zugestehen, wie sie in anderen Ländern ebenfalls gewährt worden seien.

Gegen die Staatsmonopole.

Paris, 17. November. (E.P.) Die Union der wirtschaftlichen Interessen hat eine Entschließung angenommen, in der sie mit großem Nachdruck für die Veräußerung der staatlichen Monopole an die französische Privatindustrie eintritt. Die Art und Weise, wie die Monopole vom Staate betrieben würden, sei geradezu ein Hohn. Die Union will nichts davon wissen, daß die Monopole der Post- und Telegraphenverwaltung an das Ausland vergeben würden.

Emmanuel Broussé, mehrfach französischer Minister und Generalsekretär der reaktionären Millerand-Liga, ist gestorben.

## Arbeiterschaft und Weltkartelle.

Jouhaug über die Voraussetzungen ihrer Zustimmung.

Paris, 17. November. (W.T.B.) Der Generalsekretär des Allgemeinen Arbeiterverbandes (C.G.T.), Jouhaug, hat sich in Genf über den Abschluß von Industriekartellen folgendermaßen geäußert: Eine gewisse Beteiligung der schaffenden Kräfte an der Leitung der Kartellpolitik wäre eine Notwendigkeit. Die Arbeiter könnten sich nicht damit einverstanden erklären, daß ohne ihre Einwilligung dieses Regime geschaffen würde, das unter Umständen für sie eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten, eine Erhöhung der Dauer der Arbeitszeit und gleichzeitig eine Herabsetzung der Löhne nach sich ziehe. Nur unter diesen Voraussetzungen würden sich die Gewerkschaften nicht prinzipiell dem Abschluß internationaler industrieller Abkommen widersetzen.

## Mandate und Rüstung.

Cecil im Oberhaus.

London, 17. November. (W.T.B.) Auf Anfragen Lord Sarnmoors erwiderte Lord Cecil für die Regierung: Er stelle in Worte, daß die Großmächte im Völkerbundrat sich einer Unfreundlichkeit gegenüber der Mandatskommission schuldig gemacht hätten. Er wünsche auf das Nachdrücklichste, daß die britische Regierung nicht den leichten Wunsch habe, die Arbeiten der Kommission zu behindern oder in diese Arbeiten einzugreifen, sondern sie sei im Gegenteil bereit, sie äußerst zu unterstützen.

Zur Abrüstungsfrage erklärte Cecil, diese sei von überwältigender Notwendigkeit und es bestehe kein Zweifel, daß die internationalen Verpflichtungen, die Rüstungen herabzusetzen, vollkommen klar und endgültig seien. Es sei viel in den letzten sieben Jahren getan worden. Es sei wahr, daß die zentralen Schwierigkeiten des Abrüstungsproblems nicht in Angriff genommen worden seien, aber man dürfe nicht vergessen, daß die internationalen Verhältnisse bisher für einen Versuch, an die internationale Abrüstung zu gehen, nicht sehr günstig gewesen seien.

Chamberlain weicht einer Anfrage wegen Königsberg aus.

London, 17. November. (Reuter.) Im Unterhaus richtete Frederick Hall an den Staatssekretär des Auswärtigen, Chamberlain, die Anfrage, ob in Anbetracht der Errichtung von besetzten Werken in Königsberg und Rügen durch die deutsche Regierung im Widerspruch zu Artikel 180 des Versailler Vertrages bei der deutschen Regierung Vorstellungen erhoben worden seien, und ob Chamberlain bereit sei, darüber eine Erklärung abzugeben, ob es beabsichtigt sei, die Schließung dieser Besetzungen zu verlangen. Chamberlain antwortete: „Die Angelegenheit wird zurzeit von den früher alliierten Regierungen erwogen. Ich bin nicht in der Lage, irgendwelche Erklärungen abzugeben.“

## Keine Unterbrechung der Kontrolle.

Erst Errichtung der Völkerbundsaufficht — dann Zurückziehung der Kontrollkommission.

London, 17. November. (W.T.B.) In einem Artikel des diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph“ heißt es: Es wird angenommen, daß der britische Botschafter in Paris bei seiner Unterredung mit Briand über den Stand der deutschen Entwaffnung am Montag es als rasam bezeichnet hat, in Fragen wie der der deutschen Sportvereinigungen keine übertrieben kleinen Forderungen zu stellen. Abgesehen davon, ist in Paris vollkommen klar gestellt worden, daß die neue Völkerbundskommission zur Kontrolle der deutschen Abrüstung bereits in ihr Amt eingesetzt sein muß, bevor die Interalliierte Kontrollkommission zurückgezogen werden kann, da sonst eine Übergangszeit ohne Kontrolle eintreten würde.

## Wie die KPD. Theater macht. Um die Arbeiter zu spalten.

Die Kommunistische Partei kann sich nicht damit begnügen, zu „entlarven“. Es ist natürlich sehr einfach und nimmt sich nach außen für so eine Gemeinheit sehr schön aus, herunterzureden, was die anderen tun und den anderen möglichst viel Knüttel zwischen die Beine zu werfen. Aber die KPD. muß gleichzeitig ihren Anhängern und Nachläufern vortäuschen, als täte sie selbst etwas.

Nun haben sich alle ihre Aktionen als unfruchtbar und für die Arbeiterklasse als verhängnisvoll erwiesen. Deshalb läßt die KPD. jetzt ihre Finger von wirklichen Aktionen. Sie begnügt sich mit der Veranstaltung von Theateraufführungen, in denen dieselben Statisten in anderer Verkleidung über die Bühne marschieren und die Aufgabe haben, möglichst viel Zuschauer anzulocken. Für die meisten Zuschauer steht es dann so aus, als hätte sich wirklich etwas ereignet. Tatsächlich hat die KPD. nur wieder einmal Theater gespielt.

Die nächste Theaterdemonstration, die zur Aufführung kommen soll, heißt „Kongress der Werktätigen“. Wie dieser Kummel von der KPD. organisiert wird, dafür zeugt folgendes Schreiben:

KPD. Halle-Merseburg.  
F.2 Brief Nr. 1759.

Halle, den 4. Nov. 1926.

An den Genossen Paul Drescher, hier  
für die Ortsverwaltung-Fraktion des DRR.

Werter Genosse!

Von 61 hallischen Betrieben, die im Zahlstellenreich des DRR. Halle liegen, haben bis heute nur vier Betriebe zum RdB. Stellung genommen und Delegierte gewählt. Es sind dies die Betriebe Lieh, Cberhardt, Hallische Röhrenwerke und Metallbetrieb Winger. Dies wurde in der heutigen Bureauaufsicht bemängelt. Es wurde beschlossen, die Ortsverwaltung-Fraktion des DRR. zu beauftragen, daß sie von sich aus eine großzügige Belegschafts-versammlungs-Kampagne planmäßig durchführt. Für diese Versammlungskampagne sind die besten Anknüpfungspunkte gegeben. Die Mißstände in den verschiedenen Betrieben — die Mantelarif-verhandlungen — vor allem aber auch die hinter uns liegende Lohn-bewegung muß eine Auswertung erfahren. Unter der Fofung: trotz Ablehnung des Schiedspruches seitens der hallischen Metall-arbeiterchaft ist der Spruch vom staatlichen Schlichter für verbindlich erklärt. — Was nun?

Unter dieser Fofung läßt sich sehr wohl eine gute Ver-sammlungs-Kampagne durchführen. Nach Abwid- lung der Tagesordnung muß unter irgendeiner Form die Verlammlung weitergeführt werden. Wir haben keine Ver-anlassung, irgendeinen Genossen zu gefährden und der Aus-schlusswut des Hauptvorstandes zu opfern. Die Versammlungen müssen offiziell geschlossen und von einem Genossen oder Betriebsfremden dann weitergeführt werden.

Wir erwarten von Euch, daß Ihr in der Ortsverwaltung einen Plan aufstellt, welche Versammlungen durchgeführt werden daß Ihr uns diesen Plan einsendet, damit auch wir ebenfalls unsere Vorbereitungen treffen können. Genossen in diese Versammlungen entsenden. Wir müssen es ermöglichen, daß in den nächsten acht Tagen die hallischen Metallbetriebe auf den Aufruf des Landesauschusses für den RdB. reagieren und Delegierte wählen.

Eurer Antwort sehen wir entgegen und zeichnen  
mit kommunistischem Gruß

Bezirksleitung Halle-Merseburg. Gewerkschafts-Abteilung.

Als unter einem harmlosen Aushängeschild werden Verlam-nungen organisiert, die die KPD. anordnet, die aber die Be-triebseigenen „von sich aus“ einzuberufen haben. Dann kann das Theater steigen. Da der Deutsche Metallarbeiterverband ent-sprechend dem Beschluß des Rasteler Verbandstages die Teilnahme der Ortsverwaltungen an solchen Veranstaltungen untersagt und die Kommunisten nicht gern „gefährdet“ werden, soll die Geschichte von hinten herum gemacht werden. Aber wie es auch gemacht wird, es handelt sich um nichts anderes, als um eine rein kom-munistische Veranstaltung, zu der die KPD. Statisten braucht. Herauskommen wird natürlich bei diesem angeblichen Kongress der Werktätigen gar nichts. Die einzigen, die sich darüber freuen können, sind die Kapitalisten. Statt alle Kräfte zusammenzufassen und für den Achtstundentag und die Er-höhung der Löhne einzusetzen, müssen die Gewerkschaften jetzt in den Versammlungen sich mit den stumpfsinnigen Anträgen der Kom-munisten herumschlagen. Das ist ja auch der einzige Zweck dieser kommunistischen Veranstaltung.

## Die Reichsbahn und das Kündigungsschutzgesetz.

Wie sie den Angestellten schutz sabotiert.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Welche rüchstandige und arbeiterfeindliche soziale Einstellung bei der Reichsbahngesellschaft vorherrscht, beweist wieder folgender Vor-gang: Ein Teil der bei der Reichsbahn beschäftigten Angestell-ten ist dem Arbeiterlohntarif unterstellt worden, also einer sozial und finanziell viel schlechteren Regelung. Diese An-gestellten, die als Arbeiter entlohnt werden, sind aber immerhin angestelltenversicherungspflichtig.

Neuerdings wird nun diese unerhörte Benachteiligung der Reichsbahnangestellten durch folgenden Vorgang noch übertrieben: Die Reichsbahndirektion Berlin hat unter dem 6. Oktober 1926 — 11 2 Pa. 13/112 — verfügt, daß das Gesetz über die Fristen für die Kündigung von Angestellten

vom 9. Juli 1926 (Kündigungsschutzgesetz für ältere Angestellte) nur auf die unter den Reichsangeestelltenvertrag fallenden Bediensteten und nicht auf die im Arbeiter-verhältnis beschäftigten Angestelltenversicherungspflichtigen, für die der Bohmarisvertrag gilt, Anwendung findet.

Diese Stellungnahme der Reichsbahndirektion Berlin, die ein-höhn auf das Kündigungsschutzgesetz für die älteren Angestellten, das ausdrücklich von Angestelltenversicherungspflichtigen spricht, ist, macht, wie uns mitgeteilt wird, bereits in einer Reihe anderer Reichsbahndirektionsbezirke Schule.

Mit aller Deutlichkeit geht aus diesem Vorgang hervor, daß die Deutsche Reichsbahngesellschaft, der größte Arbeitgeber des Reiches, bewußt darauf hinarbeitet, die klaren Be-stimmungen des zum Schutze der älteren Angestellten beschlossenen Reichsgesetzes in das Gegenteil zu verdrehen. Es ist notwendig, daß die Reichsbahnangestellten gegen diese empörende und unerhörte Entrechtung mit aller Entschiedenheit Front machen.

## SPD.-Metallarbeiter! Besucht Eure Wahlkörperversammlungen!

### Stellensuchende, schützt euch vor Schaden!

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt für kaufmännische und Bureau-angestellte ist außerordentlich betrüblich, und es gibt einen sehr er-heblichen Prozentsatz von kaufmännischen und Bureauangestellten, bei denen die Arbeitslosigkeit schon zum Dauerzu-stand geworden ist. In dieser Situation greifen die Stellensuchen-den nach jeder Möglichkeit, zu irgendeinem Verdienst zu gelangen, und fallen hierbei vielfach Leuten in die Arme, die es auf eine Schädigung der Stellenlosen abgesehen haben oder aber durch die Art ihrer Werbung mindestens diese Schädigung herbeiführen. So werden in der Tagespresse häufig Inserate veröffentlicht, die größeren Verdienst bei schriftlicher Heimarbeit in Aussicht stellen. Vielfach handelt es sich dabei um Angebote, die darauf hinauslaufen, daß den Bewerbern Adressenlisten an-geboten werden, die sie nun Interessenten weitergeben sollen gegen eine entsprechende Bezahlung. Diese Adressenlisten werden von so-genannten Adressen- und Beroerfertigungsbureaus, deren es eine ganze Anzahl gibt, gegen hohe Bezahlung geliefert. Was der Stellen-suchende dann mit diesen Adressenlisten anfängt, ist seine Sache. Eine Möglichkeit, sie praktisch zu verwerten, besteht nur in den aller-seltensten Fällen, und das Resultat der Bemühungen um diese Heimarbeit ist gewöhnlich, daß der Stellensuchende ein paar Mark losgeworden ist.

Schlimmer liegt es in den Fällen, in denen irgend jemand auf dem Inseratenwege eine gute Stellung mit festem Gehalt und Pro- vision verspricht und dann den Bewerbern einzureden versucht, daß es sich um ein großes Unternehmen handle, für das er als Filial-leiter einer größeren Stadt in Frage komme. Es wird dem Be-werber auch ein Gehaltsangebot gemacht, nur muß er, bevor es zu dem Engagement kommt, als Gegenwert für die ihm zu erteilende Information einen Betrag von 5 Mk., mitunter auch höher, entrichten. Mit der Entrichtung dieses Betrages ist gewöhn-lich die Angelegenheit dann erledigt.

Ein in der letzten Zeit vorgekommener Fall stürzte sich dahin auf, daß der Mann, der einen Leiter für eine Filiale seines angeblichen Geschäftes suchte, sich als ein junger Mann im Alter von 24 Jahren, verheiratet und Vater zweier Kinder, entpuppte, der selbst er-werbslos ist und Unterstützung bezieht. Er bewohnt nur ein Zimmer, in dem er mit seinen Angehörigen haust. Hier handelt es sich also um einen glatten Schwindel.

Der Zentralverband der Angestellten hat, wie in vielen anderen ähnlichen Fällen, auch hier Veranlassung genommen, die Staatsanwaltschaft anzurufen, um zu verhindern, daß weitere Schädigungen von arbeitslosen Angestellten erfolgen. Es dürfte sich daher empfehlen, bei Inseraten ähnlichen Inhalts, wie hier geschildert, die größte Vorsicht walten zu lassen und unter keinen Um-ständen irgendwelche Gelder einzuzahlen, bevor man sich nicht bei der Berufsorganisation, dem Zentralverband der Angestellten, über die in Betracht kommende Firma erkundigt hat.

### Notgesetz und Krankenpflegeanstalten.

Im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit verlangen die Gewerkschaften ein Notgesetz, das für alle Arbeitnehmerkategorien die Arbeitszeit sofort auf höchstens acht Stunden begrenzt. Da der Achtstundentag resp. die 48-Stunden-Woche in den Kranken- und Pflegeanstalten so vielfach und so stark überschritten wird, wird man gerade hier die endgültige Verabschiedung des Notgesetzes recht sehnlichst erwarten. Die lange Arbeitszeit in den Krankenpfle-geanstalten ist darauf zurückzuführen, daß diese Anstalten der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 nicht unterstehen. Zwei Tage vor Ablauf des Ermächtigungsgesetzes (1), am 13. Februar 1924, wurde nämlich in aller Eile noch eine besondere Verordnung über die Arbeitszeit in Krankenpfle-geanstalten erlassen, die alle Merkmale der überschrittenen Gesetzgebung trägt. Nach den eigenen Worten des Reichsarbeitsministers stellt diese Verordnung die Krankenpflegepersonen in arbeitsrechtlicher Beziehung wesentlich ungün-stiger als andere Arbeitnehmerkategorien. Nicht ein-mal in der Theorie hält die Verordnung den Achtstundentag auf-recht, sie setzt vielmehr die Höchstarbeitszeit auf 60 Stunden wöchentlich und 10 Stunden täglich fest. Aber selbst die zehnstündige Arbeitszeit genügt den Anstaltsleitern nicht. Unter Verletzung der gesetzlichen Verordnung bestehen heute in den

Kranken- und Pflegeanstalten sowohl für das Pflegepersonal wie auch für das Haus- und Betriebspersonal Arbeits-zeiten, die einfach als ungeneuerlich bezeichnet werden müssen.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat durch seine Reichsleitung Gesundheitswesen am 1. Juli eine Statistik über die Arbeitszeiten in den Kranken- und Pflege-anstalten aufgenommen. Die Erhebung umfaßt 398 Anstalten und 50 807 Beschäftigte. Von diesen haben 8302 gleich 16,4 Proz. der Beschäftigten eine regelmäßige Arbeitszeit, die lediglich 3 Stunden in der Woche überschreitet. Im einzelnen wurde festgestellt, daß Arbeitszeiten von 72 bis 84 Stunden durchaus keine Seltenheit sind, ja, daß in einzelnen Anstalten für das Pflegepersonal sogar Arbeitszeiten von 111 und 142 Stunden pro Woche bestehen. Aus einer württem-bergischen Anstalt liegt ein Dienstplan vor, aus dem hervorgeht, daß verheiratete Pfleger bei zwölf- bis dreizehnstündiger Arbeitszeit am Tage in einem Zeitraum von zwei Wochen sechs freie Nächte, einen freien Tag und zwei halbe freie Tage haben! Wie sich das Familienleben eines solchen Pflegers gestaltet, davon kann sich der Außenstehende nur sehr schwer eine Vorstellung machen.

Daß solche Arbeitszeiten heute noch möglich sind, ist nur darauf zurückzuführen, daß die im Gesetz vorgeschriebenen Auf-sichtsbehörden nicht in Funktion treten, und daß es noch immer Vertreter der Ärzteschaft und der Anstaltsleitungen gibt, die da glauben, daß „die Belange der Kranken“ nur bei möglichst langer Arbeitszeit des Pflege- und Anstaltspersonals gesichert werden können. Sie übersehen dabei vollkommen, welche schweren Gefahren daraus für das Personal sowohl, wie für die Kranken entstehen müssen. In den Kranken- und Pflegeanstalten müssen die Gesunden sich krank arbeiten, und die Kranken gesund zu pflegen. Daß dies durchaus nicht notwendig ist, und daß auch in den Kranken- und Pflegeanstalten die 48-Stunden-Woche durchführbar ist, beweisen neben anderen die großen hamburgischen Staatskrankenanstalten, wo seit 1919 ununterbrochen die 48-Stunden-Woche durchgeführt ist. Ein Beweis dafür ist aber auch das Vorgehen der Stadt Berlin, die nach kurzen, wenig günstigen Erfahrungen mit dem Neun-stundentag den Achtstundentag in allen Berliner Kranken- und Pflegeanstalten erneut eingeführt hat.

Was in diesen Anstalten möglich ist, daß kann in anderen An-stalten nicht als unmöglich abgelehnt werden. Deshalb muß es auch für die Krankenpflegeanstalten heißen: Her mit dem Not-gesetz, mit dem Achtstundentag!

### Der Schiedspruch gefällt den Hexen nicht!

Gleimlich, 17. November. (WZB.) Der Arbeitgeberverband der ober-schlesischen Montanindustrie hat den Schiedspruch vom 12. November, durch den die Erhöhung der Löhne um durchschnittlich 20 Pfennig je Schicht ausgeprochen war, abgelehnt. — Ob dieser Schiedspruch für verbindlich erklärt wird?

### Vom Arbeitsmarkt im Rheinland.

Der Arbeitsmarkt im Rheinland zeigt seit einiger Zeit in den Hauptbezirken ein ganz verschiedenes Gesicht. Im Münchener-Gladbacher Industriebezirk hat die Zahl der Erwerbslosen stark abgenommen. Im Stadtbezirk München-Gladbach ein Rückgang der Zahl der Erwerbslosen seit dem 1. Juli von 9000 auf 4700; Kurzarbeiter im März 12000, jetzt nur noch 900. In der Stadt Aachen dagegen befinden sich noch über 31000 Personen in öffentlicher Fürsorge, so daß jeder fünfte Einwohner aus öffentlichen Mitteln unterhalten wird. Auch im Ruhrkohlenrevier ist die Wirtschaftslage noch immer sehr ungünstig. Man legt dort seine Hoffnungen auf den Bau des Aachen-Rhein-Kanals. In der gesamten Rheinprovinz ging die Zahl der Unterstügten in der zweiten Oktoberhälfte um 6740 zu-rück, im Düsseldorf-Regierungsbezirk allein um 6460; im Kö-blenger Bezirk dagegen stieg die Zahl der Arbeitslosen noch um 1000.

### Die schottischen Bergleute gegen das Abkommen.

London, 17. November. (E.V.) Heute abend haben die Gruben-arbeiter von Lancashire und Schottland sich als erste Gewerkschaften gegen das Memorandum der Regierung über die Be-ilegung des Kohlenkonfliktes ausgesprochen. In der Versammlung der schottischen Grubenarbeiter wurde das Memorandum als eine abschließliche Kapitulation bezeichnet. „Evoiting Standard“ glaubt aber, daß sich eine Mehrheit zugunsten der An-nahme des Memorandums finden werde und daß schon Ende dieser Woche mit der Aufnahme der Arbeit gerechnet werden könne. Die endgültigen Abstimmungsergebnisse dürften aber erst am Dienstag bekannt werden.

Verband der Male, Indizes usw. Wagen Freitag abend 7½ Uhr im Berliner Gewerkschaftshaus, Angelier 2425: Rigolierabend am m. l. u. n. 1. Uchilbererortos über Afrie Grundbesitz. 2. Die Teulit im Wiler- und Indizesvertriche. Die Ortsverwaltung. Neue Gewerkschafts-Jugend. Heute, Donnerstagabend, 7½ Uhr, legen die Gruppen: Kapitul: Gruppenheim, Jugendheim, Oranauer Str. 5, Vertog: „Gewerkschaften und die Jugend“. — Vichnberg: Gruppenheim, Jugendheim, Verlaus 10, Vastiges Leben. — Tempelhof: Gruppenheim, Jugendheim, Gernandstr. 4-6, Bunter Abend. — Schloffen: Gruppenheim, Reichenderer Straße 6 (Kurzwehhaus), Vertog: Nationalisierung und Arbeitszeit. — Spandan: Gruppenheim, Jugendheim, Zimauer 1, Vertog: Jugend und soziale Fragen. — Roabit: Gruppenheim, Städt. Jugendheim Bremer Ecke Alleestraße, Musik- und Liebesabend. — Gerdandnauer: Gruppenheim, Jugendheimzimmer, Gerdandnauer Str. 2, Vertog: „Glaube und Berglaube“. Zandaberger Wiaz: Gruppenheim, Große Frankfurter Str. 16, Vertog: „Worum Gewerkschaften?“

Verantwortlich für Vollst.: Dr. Curt Geget; Wirtschaft: Felix Seitzmann; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich, Göttern; Kautskan: R. S. Fischer; Soziales und Konflikte: Erik Karkhüt; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Bernhardt-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Bernhardt-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Ginnar u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Blauz 1 Beilage.



BEROLINA

GARBÁTY

Alle Moden überdauernd ist seit  
Fahrtzehnten die

## KÖNIGIN VON SABA

Die Lieblingszigarette der Berliner  
Selbst ein Ur-Berliner Kind, ist sie,  
getragen von der Wertschätzung der  
werkstätigen Bevölkerung aller Berufs-  
stände und Dank Ihrer stets gleichen

QUALITÄT

Die volkstümlichste Zigarette.

# Schwere Verkehrsunfälle überall.

## Zahlreiche Verletzte. — Unsicherheit auf dem Bürgersteig.

Der gestrige Bußtag hat wieder verschiedene sehr ernste und teilweise schwere Verkehrsunfälle zu verzeichnen, an denen zweimal die Straßenbahn beteiligt war. Ein anderer sehr bedauerlicher Fall zeigt, daß das Publikum selbst auf den Bürgersteigen vor wild gewordenen Autos nicht mehr sicher ist. Bei diesem Anlaß soll zugleich darauf hingewiesen werden, daß die Zustände, wie sie sich jetzt an den Straßenbahnhaltestellen entwickelt haben, einfach nicht mehr zu ertragen sind. Das Publikum, besonders Frauen, Kinder und ältere Leute, befindet sich in heftiger Aufregung und voller Verzweiflung, wenn sich zwischen haltende Straßenbahn und Publikum unausgesetzt ein Auto nach dem anderen schiebt, so daß das Publikum wie eine Schar gehetzter Wilder laufen und springen muß, um zur Straßenbahn zu kommen. Da die Chauffeure unbedenklich, wenn auch langsam, weiterfahren — sie haben heute das Recht dazu — so besteht jederzeit die Gefahr, an- und überfahren zu werden. Wie in anderen Städten sollten die Autos halten, bis das Publikum ein- und ausgestiegen ist.

Zu einem schweren Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen der Linie 1 und einem Lastkraftwagen der Melerei Bolle kam es am Mittwoch früh gegen 1/3 Uhr morgens an der Ecke Andreas- und Lange Straße im Osten Berlins.

Der Lastkraftwagen, der sich auf dem Wege zum Schlesienschen Bahnhof befand, prallte mit dem Straßenbahnwagen der Linie 1 mit solcher Wucht zusammen, daß der Straßenbahnwagen aus den Schienen gehoben und gegen die Bordwand geschleudert wurde. Der Fahrgast des Wagens bemächtigte sich einer Panik. Viele wurden von ihren Sitzen geschleudert und zogen sich Quetschungen und zum Glück nur leichtere Verletzungen durch herumfliegende Glassplitter zu. Insgesamt wurden 18 Personen verletzt. Ein Fahrgast, der Arbeiter Wilhelm Leopold, Stutigarter Platz in Charlottenburg, erlitt schwere innere Verletzungen und mußte in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden. Ein anderer Arbeiter, Robert Blum aus der Lorßstr. 12, zog sich stark blutende Verletzungen zu, konnte jedoch nach Anlegung von Rotverbänden auf der Rettungs-

stelle in seine Wohnung entlassen werden. Die übrigen Verletzten konnten, ohne ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, ihre Wohnungen auffuchen. Der Straßenbahnwagen wurde schwer beschädigt. Die vordere Plattform wurde total eingedrückt. Außerdem wurden sämtliche Scheiben zertrümmert. Die Feuerwehr, die herbeigerufen wurde, nahm die Aufräumarbeiten vor. Durch den Unglücksfall entstand eine Verkehrsstörung von ziemlich einstündiger Dauer. Die Schuldfrage ist bisher noch nicht geklärt.

Zu einem weiteren folgenschweren Zusammenstoß zwischen zwei Straßenbahnwagen kam es in der Nacht zum Mittwoch gegen 11 Uhr vor dem Hause Humboldtstr. 110 zu Reinickendorf-Ost. Die beiden Straßenbahnwagen, die aus entgegengesetzter Richtung kamen, infolge falscher Weichenstellung heftig aufeinander. Vier Fahrgäste wurden erheblich verletzt und mußten in das Reinickendorfer Krankenhaus geschafft werden. Nach ärztlicher Behandlung und Anlegung von Rotverbänden konnten sie in ihre Wohnungen gebracht werden. Die Straßenbahnwagen wurden so stark beschädigt, daß sie aus dem Verkehr gezogen werden mußten. — Ein schwerer Straßenunfall ereignete sich nachts gegen 1/3 Uhr an der Ecke See- und Logastrasse im Norden Berlins. Der Führer eines in ziemlich schneller Fahrt herankommenden Personenkraftwagens verlor an der Straßenkreuzung die Gewalt über seinen Wagen und fuhr auf den Bürgersteig. Ein in diesem Augenblick vorübergehendes Ehepaar, der 56jährige Tischler Wilhelm Thiele und dessen 50jährige Ehefrau Martha aus der Warschauer-Str. 24, wurden von dem Kraftwagen erfasst und zu Boden geschleudert. Mit schweren Quetschungen und Knochenbrüchen wurden die Verletzten in das nahegelegene Virchowkrankenhaus gebracht. Die Untersuchung über die Schuldfrage ist noch nicht abgeschlossen. — Vor dem Hause Reize Königsstr. 47 wurde die 13jährige Schülerin Gerda Bach aus der Michaelstr. 27 nachmittags kurz vor 4 Uhr beim Ueberqueren des Fahrdammes von einer Kraftdrose überfahren. Mit schweren inneren Verletzungen wurde das Kind in bewußtlosem Zustand in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

## Zusammenbruch.

Nachmittags 5 Uhr im Trübel der dämmernden Friedrichstraße. Jugendliche Lichtströmen fliehn an eilenden Menschen vorüber, Kraftwagen und Autobusse schlängeln sich von Hindernis zu Hindernis, dazu die eintönigen Rufe der Zeitungserläufer.

An der Ecke der Jäger- und Friedrichstraße bildet sich vor einer Haustür eine Ansammlung Neugieriger. Im Halbkreis debattiert man um etwas, das am Boden liegt. Ein alter Mann ist's, er windet sich in Krämpfen. Schaum steht vor dem weissen Munde, die Augen irren rübelos und angstvoll von einem zum anderen. Die sich über ihn beugen, starren ungerührt und wie von einem interessanten Experiment gefesselt, auf die Explosionen der Natur. Indessen vergeht der Arme in keinem Schmerz.

„Na,“ ertönt es eine Stimme, „zuviel Leben in der Friedrichsiedel. Die Beut' fallen um. Das Getöse und der Lärm. Kein Wunder. Ueberhaupt die Großstadt...“ Der das sagt, hat einen hübschen Bart, trägt einen goldgeränderten Anzeiger und sieht aus wie ein Bandarzt. „Hallo,“ erwiderte sogleich ein anderer. „Selen Sie doch nicht so einseitig. Ich lasse nichts auf das Großstadtleben kommen. Und wenn man die Nerven ein bißel zusammenhält...“ So ja alles gar nicht so schlimm.“ Nun mischten sich andere ein. Die Diskussion zwischen Landbewohnern und Großstädtern und ihren Verteilungsgängern dauerte etwa zehn Minuten. Sie war äußerst lebhaft. Die Beweise für und wider schienen wichtig und vorreiflich.

Inzwischen verging der Mann, der mit verrenkten Gliedern auf der kalten Erde lag. Die guten Leute hatten scheinbar etwas vergessen. Vielleicht die Hauptsache. Den Bruder Mensch, der hilflos zu ihren Füßen lag. Nur ein Schupobeamter kam seiner nüchternen Pflicht nach, hatte ohne Worte das Notwendige getan und einen Krankenwagen gerufen.

## Freitod.

### Zahlreiche Selbstmorde am Bußtag.

Später Morgen — früher Abend. Und dazwischen ein schmaler Tag, trübe, still und geduckt. Tiefe Wolken und feuchte Straßen. Darüber das Leuten der Glocken. Die Menschen drehen sich um sich selbst, denn sie wissen nicht, was sie mit so einem Tag ohne Licht und Wärme machen sollen. Sie und da ein schmales, dunkles Kinnlat jener, die zur Kirche huschen. Aber dann ein trauriger, lautlos gehender Zug, der schattenhaft an allen Kirchen vorbeigeht, hinaus... immer weiter, einen Weg ohne Ende... einen Weg in ewige Nacht. Selbstmörder. Qualerlöste. Befreit durch sich selbst.

Eine schaurige Entdeckung wurde gestern vormittag gegen 11 Uhr in dem Hause Wegenerstraße 3 zu Charlottenburg gemacht. Der 44jährige Kaufmann Wilhelm B. hat hier eine Wohnung inne. Als ihn gestern vormittag sein Bruder aufsuchen wollte, erhielt er keinen Einlaß. Da B. schon seit Wochen nichts mehr von sich hatte hören lassen, schöpften der Bruder Verdacht und benachrichtigte die Polizei. Als die Beamten eindringen, schlug ihnen ein starker Verwesungsgeruch entgegen. B. lag tot in seinem Bett. Ein hinzugerufener Arzt stellte fest, daß der Tod bereits vor sechs bis acht Wochen eingetreten sein muß. Unzweifelhaft liegt Selbstmord vor. Der Tote wurde in das Charlottenburger Schauhaus gebracht. — Auf entsetzliche Art machte gestern nachmittags gegen 6 Uhr der Arbeiter Karl S. aus der Beusselstraße 50 seinem Leben ein Ende. In der Dunkelheit erkletterte S. auf freiem Gelände in Friedrichsfelde einen Hochspannungsmast und berührte die Starkstromleitung. Sofort stand der Körper des Unglücklichen in Flammen. Schwer verletzt stürzte S. in die Tiefe. Durch einen Wagon des Städtischen Rettungsamtes wurde er in das Vichtenberger Krankenhaus gebracht, wo er unmittelbar nach der Einlieferung starb. — Mietern des Hauses Ebertstraße 15 fiel gestern auf den Treppentritten ein starker Gasgeruch auf, der aus der Wohnung des Ehepaars Soldan strömte. Die Feuerwehr und Polizei wurden alarmiert, die den 66jährigen Maurer Heinrich Soldan und dessen 72jährige Ehefrau Antonia in der mit Gas gefüllten Wohnung tot aufzufanden. Ein hinzugerufener Arzt stellte fest, daß der Tod der alten Leute bereits vor mehreren Tagen eingetreten sein muß. Es scheint ein Unglücksfall vorzuliegen, doch ist ein Selbstmord nicht ausgeschlossen. Die polizeilichen Ermittlungen sind noch nicht endgültig abgeschlossen. — Im Schlesienschen Busch schob sich gegen die Mittagsstunde der 25jährige Schlosser Herbert Sch. aus der Kirchhoffstraße zu Reutal eine Kugel in die Herzgegend. Schwer verletzt wurde er bewußtlos in das

Urban-Krankenhaus gebracht. Der Grund zu der Tat ist vermutlich in Arbeitslosigkeit zu suchen. — Aus Gram über den Tod ihres vor einiger Zeit verstorbenen Mannes verübte die 58jährige Witwe Margarete Hoffert in ihrer Wohnung in der Albrechtstr. 70 zu Teglich Selbstmord durch Einatmen von Leuchtgas. Die Feuerwehr, die herbeigerufen wurde, war ohne Erfolg tätig. Ein Arzt stellte den Tod fest und ordnete die Ueberführung in das Schauhaus an. — Gegen 1/1 Uhr mittags sprang der 23jährige Kaufmann Karl K. aus Leipzig-Neuhof von der Capriol-Brücke in selbstmörderischer Absicht in die Spree; er konnte aber von Passanten gerettet werden. Bemühtlos wurde er in das Westender Krankenhaus übergeführt. Nahrungsvorgen sollen K. zu dem Bergweilungsschritt getrieben haben.

## In der Trunkenheit wild geworden.

### Die Eisenbahnattentäter von Hoppegarten gefaßt.

Den unausgesetzten Nachforschungen gelang es, am Dienstag die Eisenbahnattentäter von Hoppegarten festzunehmen. Es sind zwei ganz junge Menschen, nämlich ein 20 Jahre alter Kaufmannsgehilfe Erich J. und ein 19 Jahre alter Hilfsarbeiter Johann B., die beide in Mahlsdorf wohnen. Nach längerem Verhör legten sie im Laufe des Nachmittags ein umfassendes Geständnis ab.

Wie sie sagen, hatten sie in einem Lokal am Markt in Mahlsdorf über den Durst getrunken. In angeheiteter Stimmung zogen sie weiter nach einem Lokal bei der Siedlung Birkenstein, um zu sehen, ob dort noch „Betrieb“ sei. Kurz vor der Gastwirtschaft fiel ihnen plötzlich ein, daß sie eine Zigarette rauchen möchten. Da sie keine Streichhölzer bei sich hatten, kletterte einer von ihnen kurz entschlossen auf eine Laterne und versuchte, sich daran den Tabak anzuzünden. Dabei gingen natürlich die Scheiben der Lampe in Trümmer. Das Klirren der Scherben verfehlte sie in übermütiger Stimmung, die schließlich in einen Zerstückungsstiller umschlug. Nachdem sie auf der Straße allen möglichen Unfug angefüßt und erheblichen Schaden gemacht hatten, erstiegen sie den Bahnkörper, schlugen drei Signallampen in Stücke und be-

worfen vorüberfahrende Züge mit Schottersteinen. Die Burschen, denen jetzt der Uebermut vergangen ist, und die ihre Schandtat an ein Protokoll gaben, verteidigten sich damit, daß sie in ihrer Trunkenheit nicht gewußt haben, was sie anrichteten. Sie werden heute dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

## Feuer im Großkraftwerk Rummelsburg.

### Kabeldefekt und Explosion eines Öltransformators.

In den Neuanlagen des Umformerwerks des Großkraftwerks Rummelsburg, von denen der ganze Bau mit Licht versorgt wird, entstand am Mittwoch nachmittag kurz nach 5 Uhr durch einen Kabeldefekt, der eine Explosion des Öltransformators zur Folge hatte, ein gefährliches Feuer, das mit großer Schnelligkeit um sich griff. Auf den Alarm „Mittelfeuer“ eilten unter Leitung des Oberbranddirektors Gemp, des Branddirektors Hammer und des Baurats Reinke drei Löschzüge an die Brandstelle. Bei ihrem Eintreffen fanden die Wehren bereits einen ausgedehnten Brandherd vor. Größere Öl-mengen wurden bei der Explosion des Transformators herausgeschleudert und waren in Brand geraten. In wenigen Minuten hatte das Feuer alle brennbaren Gegenstände ergriffen. Durch Kabelleitungsöffnungen in der Decke schlugen die Flammen in das überliegende Stockwerk und lehten auch hier Holzteile, Hölzerungen und die Schabdecke in Brand. Mit mehreren Schlauchleitungen und zwei Schaumlöschapparaten gelang es nach längerer Zeit, das Feuer zu lokalisieren. Die Löschmannschaften, die fündlich mit Gasmasken ausgerüstet waren, hatten unter gewaltiger Hitzeentwicklung sehr zu leiden. Mehrere starke eiserne Konstruktionsteile wurden durch die Hitze vollständig verbogen. Dem schnellen und tatkräftigen Eingreifen der Feuerwehr ist es zum größten Teil zu verdanken, daß nicht weit größeres Unheil angerichtet wurde. Erst gegen 1/9 Uhr war die Gefahr soweit beseitigt, daß die Wehren unter Zurücklassung einer Brandwache, die während der ganzen Nacht dort verbleibt, abrücken konnten. Die Entstehungsurache ist bisher nicht einwandfrei geklärt. Der Schaden ist sehr erheblich, da wertvolle Anlagen durch das Feuer vernichtet wurden.

## Ein Mißgriff der Behörden.

Am Bußtag vormittag wurden die Vernehmungen und Verhöre des in Karstedt in der Westprignitz festgenommenen Paul Gerlach fortgesetzt. Trotz des Feiertages gelang es dann nacheinander, die einzelnen Zeugen heranzuholen. Zuerst die Inhaber des Geschäftes Marotti und Frein, dann die beiden Kontoristinnen, die Spruch verfolgten und schließlich auch den Schuster und seinen Gesellen, bei denen „Schmiede-Paul“ gearbeitet hatte. Das Ergebnis der Gegenüberstellungen war überraschend. Keiner erkannte in ihm den gesuchten „Schmiede-Paul“ wieder. Um nichts außer acht zu lassen, fuhr man mit Gerlach in das Untersuchungsgefängnis zu Spruch, der sich über den Besuch erfreut zeigte, aber erklärte, daß der Fremde nicht sein Komplize war. Gerlach brachte nun auch verschiedene Arbeitsbescheinigungen zum Vorschein, deren Angaben sofort auf telegraphischem Wege nachgeprüft wurden und sich als zutreffend herausstellten. Nachdem seine Unschuld erwiesen war, wurde der Mann sofort entlassen. Wie wird der unklugig Verhaftete und Verdächtige nun einschädigt?

## Zur Umwandlung der Regierung.

In der Kreismitgliederversammlung Charlottenburg sprach Genosse Reichstagsabgeordneter Herz über die „Umwandlung der Regierung“. Nach einer Ueberflucht und einem Rückblick auf den Stand der parlamentarischen Arbeiten in der Erwerbslosenunterstützung und dem Arbeitszeitgesetz gab Genosse Herz ein Bild der Wirtschaftslage Deutschlands. Die Reichstagsfraktion hat den demagogischen Versuch der Deutschnationalen, mit der wichtigen Frage der Erwerbslosenunterstützung in die Regierung zu kommen, zunichte gemacht; sie hat ihre Forderung noch einmal in einem Antrag erhoben, der auch die Mittel nachweist, mit denen die Mehrleistungen aufgebracht werden sollen. Der Reichstag hat nur drei Möglichkeiten einer Regierung, eine Rechtsregierung, große Koalition und eine Koalition von Zentrum, Demokraten und Volkspartei mit Unterstützung der großen Flügelparteien der Deutschnationalen oder der Sozialdemokratie. Die Reichsregierung ist an unsere Fraktion herangeraten und will die Zusammenarbeit der bestehenden Regierungscoalition mit der Sozialdemokratie insofern festigen, als sie bei allen Vorlagen vorher mit der Partei Fühlung nehmen will, um Ueberraschungen vorzubeugen. Ueber große Koalition hat die Fraktion nie verhandelt. In der Debatte sprach sich ein Teil der Redner dahin aus, daß die Partei eine offene Koalition, so schwer sie für die Partei sei, dieser stillen Koalition vorzuziehen müsse, bei der es der Regierung immer noch über-

# Von Tag zu Tag immer mehr gefragt

werden unsere neuen Sorten deshalb, weil der verwöhnte Raucher sehr schnell die Güte derselben erkennt hat. Unsere Fabrik ist ausschließlich auf die Herstellung von Qualitäts-Cigaretten eingestellt. Dieses Bestreben kommt deutlich in den Hauptpreislagern



zum Ausdruck. Der feine, milde aromatische Geschmack gefällt ausserordentlich gut. Nestor-Cigaretten ermüden nie beim Rauchen, weil die Auswahl u. Mischung des Tabaks mit größter Sorgfalt erfolgt. Dazu kommt die eigenartige, in einer 50jährigen Erfahrung begründete ägyptische Herstellungsweise.



## Nestor Florina 53

### NESTOR GIANACLIS

